



HR 4.2; NR 4.21, 4.22, 4.1, 2.61

Tobias H. Irmischer / Jan Sandorski

Ansprüche? Die Eigentumsfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen

Potsdam: Universitätsverlag Potsdam 2008 (WeltTrends-Papiere 3); 54 S.; 5,- €;
ISBN 978-3-939469-68-1

Millionen Deutsche flohen 1944 vor der Roten Armee und polnischen Militäreinheiten. Nach dem Abschluss des Potsdamer Abkommens am 2. August 1945 setzten regulierte Vertreibungen ein, es kam zur Aussiedlung von 3,6 Millionen Deutschen, 400.000 Menschen fielen der Gewalt zum Opfer oder starben auf der Flucht. Bereits im September 1944 begann Polen mit einer Bodenreform unter Einbeziehung von deutschem Privatvermögen, das durch die Flucht aufgegebene Vermögen wurde im Mai 1945 unter Staatsverwaltung gestellt. Im Januar 1946 erfolgte die Enteignung der wichtigsten Industrie- und Wirtschaftsunternehmen. Weiteres Vermögen fiel am 8. März 1946 per Dekret an den polnischen Staat. Der Rechtswissenschaftler Irmischer liefert zunächst eine rechtliche Beurteilung noch offener Vermögensfragen aus deutscher Sicht. Die Wiedergutmachung entschädigungsloser Enteignungen im Vertreibungszusammenhang sowie kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter werden behandelt. Er nennt die wichtigsten Rechtsakte und erläutert die Völkerrechtswidrigkeit von entschädigungslosen Enteignungen von Privatvermögen der Zivilbevölkerung durch den polnischen Staat. Abschließend evaluiert er die rechtlichen Durchsetzungsmöglichkeiten der Individualansprüche und die Rechtswirksamkeit des Reparationsverzichts. Der Völkerrechtler Sandorski unternimmt den Versuch einer Gegendarstellung aus polnischer Sicht. Sein Ausgangspunkt ist der Beschluss des polnischen Parlaments vom 10. September 2004, in dem festgestellt wird, dass Polen bisher keine ausreichenden finanziellen Kompensationen und Kriegsreparationen erhalten habe. Er erläutert die folgende vehement geführte Debatte und verweist auf die Stellungnahme des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder: „Wir Deutschen wissen sehr wohl, wer den Krieg angefangen hat und wer seine ersten Opfer waren. Deshalb darf es heute keinen Raum für Restitutionsansprüche aus Deutschland geben, die die Geschichte auf den Kopf stellen“ (36). / MG ([Autoren-Liste ZPol](#))

Erschienen online: 03.02.09